

Stadt Hilden

Niederschrift

über die 3. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für technische Infrastruktur am Donnerstag, 18.06.2026 um 17:00 Uhr, im Bürgersaal des Bürgerhauses (Mittelstraße 40 in 40721 Hilden)

Anwesend waren:

Vorsitz

Herr Rodion Ferdman AfD

stellv. Vorsitz

Herr Eike Jens Schuster Bündnis 90/Die Grünen

Ratsmitglieder

Frau Nicole Anfang CDU Vertretung von Herrn
Tristan Zeitter

Herr Ramon Kimmel

CDU

Herr Oliver Kohl

CDU

Herr Kevin Schneider

CDU

Herr Matthias Schumann

CDU

Frau Hannah Hammer

SPD

Herr Markus Kannemann

SPD

Herr Ulrich Siedentop

Bürgeraktion I Piraten

Herr Klaus Wockenfoth

Die Linke

Herr Dietmar Vocke

AfD

Sachkundige Bürger*innen

Frau Joana Gasper

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Dagmar Hebestreit

SPD

Beiräte

Frau Phoebe Leonie Roth

Behindertenbeirat

Herr Andreas Paul Runge

Seniorenbeirat

Von der Verwaltung

Frau Daniela Damm

Stadt Hilden

Herr Uwe Schielke

Stadt Hilden

Herr Beigeordneter Peter Stuhlträger

Stadt Hilden

Frau Sabine Waiss

Stadt Hilden

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- 1 Befangenheitserklärungen
- 2 Anträge
- 2.1 Antrag BA I Piraten vom 15.04.2026: Bedarfsgemeinschaft WP 25-30 SV
Rettungsfahrzeuge 68/009
- 2.2 Antrag der SPD vom 06.05.2026: Radabstellplätze Innenstadt WP 25-30 SV
66/010
- 3 Beschlusskontrolle der Beschlüsse des Ausschusses für WP 25-30 SV
technische Infrastruktur 60/013
- 4 Angelegenheiten des Planungs- und Vermessungsamtes und des Tiefbau- und Grünflächenamtes
- 4.1 Bericht über den Umsetzungsstand des Mobilitätskonzeptes für WP 25-30 SV
Hilden 61/021
- 5 Angelegenheiten des Bauhofes
- 5.1 5. Nachtragssatzung vom zur Satzung über die Abfallentsorgung WP 25-30 SV
in der Stadt Hilden - Abfallentsorgungssatzung - vom 12.07.2013 68/010
- 6 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
- 7 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen
- 7.1 Anfrage SPD - Fahrradabstellplätze in der Innenstadt
- 7.2 Antrag CDU - Prüfauftrag zur energetischen und
hitzeschutztechnischen Aufwertung des Gebäudes der
Stadtbücherei

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Gremiums, die Vertreter der Presse und die erschienenen Zuhörerinnen und Zuhörer. Er stellte fest, dass die Unterlagen form- und fristgerecht zugegangen sind.

Änderungen zur Tagesordnung

Es wurde keine Änderung der Tagesordnung beantragt.

Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde meldete sich niemand.

1 Befangenheitserklärungen

keine

2 Anträge

2.1 Antrag BA | Piraten vom 15.04.2026: Bedarfsgemeinschaft Rettungsfahrzeuge

WP 25-30 SV 68/009

Herr Siedentop dankt der Stadtverwaltung für die Erläuterungen in der Sitzungsvorlage und bittet trotzdem um Abstimmung zum Antrag seiner Fraktion.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, rief der Vorsitzende zur Abstimmung auf:

Antragstext:

Die Ratsfraktion Bürgeraktion|Piraten beantragt zu prüfen, ob sich bei der Ersatz- und Neubeschaffung von Rettungswagen und/oder Feuerwehrfahrzeugen im Wege der interkommunalen Zusammenarbeit mit benachbarten Kommunen durch eine gebündelte Nachfrage und mit einem größeren Beschaffungsvolumen die Versorgungssicherheit verbessern und wirtschaftliche Vorteile realisieren lassen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen

Ja	9 CDU, B90/Die Grünen, Linke, BA/Piraten
Nein	1 AfD
Enthalten	1 AfD, 3 SPD

2.2 Antrag der SPD vom 06.05.2026: Radabstellplätze Innenstadt

WP 25-30 SV
66/010

Der Antrag wurde von Frau Hammer (SPD) für die Antragstellerin zurückgezogen. Ergänzend erläuterte sie, dass die Ausführungen der Verwaltung nachvollziehbar sind und sie später unter TOP 7 eine Anfrage zu diesem Sachverhalt stellen wird.

Abstimmungsergebnis:

Antrag wurde zurückgezogen

3 Beschlusskontrolle der Beschlüsse des Ausschusses für
technische Infrastruktur

WP 25-30 SV 60/013

Herr Schneider (CDU) erkundigte sich mit Verweis auf die Sachstandsmitteilung zur

Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 27.08.2025



Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses:

Die Fraktion der CDU stellte den Antrag zu prüfen, ob und in welchem Umfang die bestehende Radverkehrsverbindung von der Pungshausstraße über die Gartenstraße, Am Holterhöfchen und die Straße Am Feuerwehrhaus bis zur Kirchhofstraße verbessert werden kann.

Sachstand:

Wie in der Sitzungsvorlage zum Antrag erläutert, wird die Radverkehrsverbindung im Zuge der Planung des Projektes zur Sanierung und Klimaanpassung der Grünanlage Holterhöfchen berücksichtigt (Investitionsnummer IO66260043 „Sanierung Park Holterhöfchen“).

wann die Stadtverwaltung die Entwurfsplanung zur Umgestaltung des Holterhöfchens im Ausschuss zur Diskussion stellt.

Die Verwaltung erläutert den Stand des Projektes:

Derzeit wird der zweite Anwohnerworkshop mit Beteiligung der Mitglieder des Fachausschusses organisiert. Dieser findet am 07.07.2026 statt. Die Einladung erfolgt über das Bürgermeisteramt. Im Anschluss - voraussichtlich im 2. Halbjahr 2026 - wird die Entwurfsplanung als § 13 KomHVO-Unterlagen im Ausschuss zur Beratung gestellt.

Frau Hammer (SPD) nimmt Bezug auf den Sachstand zur

Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 01.10.2025



Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses:

Die Verwaltung wird beauftragt, sämtliche im Stadtgebiet vorhandenen Wegsperrungen an Rad- und Fußwegen, auf ihre Barrierefreiheit hin zu überprüfen. Dabei soll geprüft werden, inwieweit die bestehenden Einrichtungen für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen, Radfahrende und Kinderwagen eine unzumutbare Hürde darstellen.

Auf Grundlage dieser Prüfung ist eine Priorisierungsliste zu erstellen, die:

- a) Barrieren mit akutem Handlungsbedarf identifiziert,
- b) Vorschläge für Ersatzlösungen oder Umbauten enthält und
- c) eine Einschätzung zu möglichen kurzfristig umsetzbaren Maßnahmen durch die Stadt selbst gibt.

Sachstand:

Es wurden alle Wegesperren geprüft (ca. 100 Standorte im Stadtgebiet mit ca. 200 Einzelstücken). Davon entsprachen ca. 40 Wegesperren nicht den Vorschriften, die sukzessive im Rahmen der Unterhaltung mit dem Jahresvertragspartner umgebaut werden. Es wurden bereits 30 Wegesperren umgebaut, 10 Stück müssen noch ausgetauscht werden.

und dankt der Verwaltung für die bereits durchgeführte und die noch ausstehende Durchführung der Umrüstung der Wegesperren.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für technische Infrastruktur nimmt den Sachstandsbericht über die Umsetzung politisch initiiertter Beschlüsse sowie Beschlüsse zu Anregungen gemäß § 24 GO seines Ausschusses zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:
Kenntnis genommen

4 **Angelegenheiten des Planungs- und Vermessungsamtes und des Tiefbau- und Grünflächenamtes**

4.1 **Bericht über den Umsetzungsstand des Mobilitätskonzeptes für Hilden** WP 25-30 SV 61/021

Herr Vocke (AfD) ist erstaunt, dass die Ermittlung der Lärmbelastung auf Berechnungen und nicht auf konkreten Messungen basiert und stellt die Frage, warum nicht auf die Änderung der Ampelschaltungen gewartet wurde. Weiterhin verweist er auf eine Online-Petition gegen Tempo 30, die am 18.06.2026 morgens bereits ca. 1.350 Unterschriften aufweist.

Verwaltung antwortet, dass Messungen nicht als Grundlage für verkehrsrechtliche Anordnungen zugelassen sind.

Der Lärmaktionsplan Stufe 4 sieht im Gegensatz zum Mobilitätskonzept keine Verknüpfung zwischen der Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h und den Ampelschaltungen vor. Die Verwaltung geht davon aus, dass durch die Temporeduzierung der Verkehr gleichmäßiger und stetiger fließen wird. Damit werden potentielle Folgen der Geschwindigkeitsreduzierung ausgeglichen.

Herr Schneider (CDU) verweist auf den Widerhall in den sozialen Medien, der deutlich mache, dass die Kommunikation der Stadt mit dem Bürger hakt. Deshalb muss sich aus der Sicht seiner Fraktion die Stadtverwaltung und der Rat überlegen, wie man die Bürger besser erreichen kann. Die Verwaltung weist hierzu auf die Beteiligungsverfahren vor dem in gefassten 2024 Beschluss zum Lärmaktionsplan hin. Die Verwaltung verweist weiterhin auf die umfangreichen Pressemitteilungen, die auch über alle gängigen Medien (Internetauftritt, Facebook, Instagram) veröffentlicht wurden, und die Beantwortung der Rückfragen von den Pressevertretern (Rheinische Post, Anzeiger 24). Es ist leider festzustellen, dass die Bürgerinnen und Bürger überwiegend erst dann auf geplante Veränderungen reagieren, wenn man sich selbst als betroffen ansieht.

Frau Gaspar (B90/Die Grünen) unterstützt die Tempo 30-Maßnahme als Instrument zur Steigerung der Verkehrssicherheit. Zum Thema Kommunikation erinnert Frau Gaspar an die Stadtkonferenzen im Rahmen der Erarbeitung des Mobilitätskonzeptes.

Frau Hammer (SPD) fragt, wann die Kosten für den Ausbau der Wendeanlage Ohligser Weg vorgelegt werden.

Die Verwaltung antwortete, dass die Kostenschätzung im Zuge der Vorstellung der Umgestaltung des Ohligser Weges in der nächsten Sitzung des Atl vorgestellt wird.

Herr Siedentop (BA|Piraten) findet nach entsprechender Aufklärung der Verwaltung, dass die Schulwegsicherung als Begründung für Tempo 30 im Straßenzug Lindenstraße / An den Linden / Erikaweg / Lehmkuhler Weg nachvollziehbar und begrüßenswert ist.

Herr Schumann (CDU) nahm noch einmal Bezug zur kritisierten Kommunikation und führte aus, dass zwar klar war, das Tempo 30 kommt, aber aus seiner Sicht hätte die Stadt die Maßnahme noch mehr erklären müssen.

Herr Schuster (B90/DieGrünen) gibt zu bedenken, dass jede zusätzliche Medienarbeit Geld kostet. In Anbetracht der derzeitigen Haushaltlage insbesondere vor dem Ziel der Haushaltskonsolidierung sind nach seiner Sicht zusätzliche Ausgaben abzuwägen. Hierzu verweist er auf den mehrheitlichen Beschluss zur Abschaffung des Rats-TV.

Herr Kannemann (SPD) bedankt sich auch als Anwohner am Straßenzug Lindenstraße / An den Linden / Erikaweg / Lehmkuhler Weg für die Einführung von Tempo 30 und berichtet, dass viele Nachbarn froh sind.

Herr Wockenfoth (Linke) fragte zur Maßnahme „Schulstraßen“, warum die Stadt erst auf Ergebnisse der anderen Städte wartet, obwohl ein eindeutiger Erlass des Landesverkehrsministerium existiert. Demnach könnte die Stadt selbst die Maßnahme umsetzen bzw. einen Versuch starten

Die Verwaltung antwortet, dass es im Ausschuss Einvernehmen gab, dass auf die Ergebnisse der Versuche in benachbarten Großstädten gewartet wird. Die beiden Großstädte Wuppertal und Düsseldorf verfügen über deutlich mehr finanziellen und personellen Ressourcen. Die Verwaltung beobachtet diese Pilotprojekte und wird diese bewerten.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für technische Infrastruktur nimmt die Ausführungen zum Umsetzungsstand des Mobilitätskonzepts für Hilden, inklusive beigefügter Tabelle (Anlage Umsetzungsstand Mobilitätskonzept), zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Kenntnis genommen

5 **Angelegenheiten des Bauhofes**

5.1 **5. Nachtragssatzung vom zur Satzung über die Abfallentsorgung WP 25-30 SV 68/010 in der Stadt Hilden - Abfallentsorgungssatzung - vom 12.07.2013**

Herr Siedentop (BA|Piraten) fragt, ob der Satzungstext bürgerfreundlicher formuliert werden könnte.

Die Verwaltung entgegnete, dass Satzungstexte formell formuliert werden müssen. Ziel ist die klare, deutliche, unmissverständliche und eindeutige Regelung des Sachverhaltes, um möglichst keinen Raum für Fehlinterpretationen bieten.

Weil keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, rief der Vorsitzende zur Abstimmung auf:

Beschlussvorschlag:

Nach Vorberatung im *Ausschuss* für technische Infrastruktur beschließt der Rat der Stadt Hilden folgende 5. Nachtragssatzung zur Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Hilden - Abfallentsorgungssatzung - vom 12.07.2013:

**5. Nachtragssatzung vom zur Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Hilden
- Abfallentsorgungssatzung - vom 12.07.2013**

§ 1

Die Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Hilden - Abfallentsorgungssatzung - vom 12.07.2013, zuletzt geändert durch die 4. Nachtragssatzung vom 21.12.2023, wird wie folgt geändert:

§ 14 Absatz 4 Satz 4:

Der Satz 4 erhält folgende Fassung:

„Die gefüllten Abfallbehälter sind von den Anschlusspflichtigen oder ihren Beauftragten entsprechend der ordnungsbehördlichen Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in der Stadt Hilden am Abfuhrtag bis 06.00 Uhr, frühestens am Vorabend des Abholtages auf dem öffentlichen Gehweg, oder, wo ein solcher nicht vorhanden ist, am äußersten Rand der öffentlichen Straße geschlossen bereitzustellen, ohne dass hierdurch der Verkehr in unzumutbarer Weise behindert oder die öffentliche Sicherheit gefährdet werden darf.“

§ 14 Absatz 4 Satz 5:

Der Satz „Am Abholtage erfolgt die Leerung durch die Müllabfuhr ab 07.00 Uhr.“ wird gestrichen.

§ 14 Absatz 5 letzter Satz:

Der Verweis auf „...Satz 5...“ wird geändert auf „...Satz 4...“, der restliche Inhalt des letzten Satzes bleibt bestehen.

§ 2

Diese 5. Nachtragssatzung zur Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Hilden - Abfallentsorgungssatzung - vom 11.07.2013 tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Es gab keine Mitteilungen der Verwaltung.

--- 7 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen ---

--- 7.1 Anfrage SPD - Fahrradabstellplätze in der Innenstadt ---

Frau Hammer stellte für die SPD Fraktion folgende Anfrage zu möglichen Maßnahmen zur Verbesserung der Fahrradinfrastruktur im Innenstadtbereich:

1. Kostenermittlung Klotzstraße:

Welche Kosten würden für die Errichtung einer neuen Fahrradabstellanlage auf der westlichen Seite der Klotzstraße entstehen?

2. Optimierung der Anlage östlich der Klotzstraße:

Kann die bestehende Abstellanlage östlich der Klotzstraße weiter nach Osten verschoben werden? Kann mit dieser Maßnahme ein Parken der Fahrräder von beiden Seiten der Anlage ermöglicht werden?

3. Umwidmung von Kfz-Stellplätzen:

Wurde bereits die Möglichkeit und die potenziellen Flächen zur Umwidmung bestehender Kfz-Stellplätze zugunsten neuer Fahrradabstellplätze untersucht? Wo wäre das möglich?.

4. Erweiterung und Neueinrichtung an weiteren Standorten:

Wurde geprüft ob die Kapazitäten an der westlichen Einfahrt zum Nove-Mesto-Platz erweitert werden können? Wäre dies möglich? Wurde die Machbarkeit für die Neueinrichtung von Fahrradabstellanlagen an der Schwanenstraße sowie am Schwanenplatz untersucht? Was war das Ergebnis?

--- 7.2 Antrag CDU - Prüfauftrag zur energetischen und hitzeschutztechnischen Aufwertung des Gebäudes der Stadtbücherei ---

Herr Kohl reichte für die Fraktion der CDU folgenden Antrag ein:

Prüfauftrag zur energetischen und hitzeschutztechnischen Aufwertung des Gebäudes der Stadtbücherei

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, für das Gebäude der Stadtbücherei zu prüfen und dem Ausschuss die Ergebnisse in geeigneter Form vorzulegen:

1.

Welche baulichen Maßnahmen erforderlich wären, um das Gebäude sowohl energetisch als auch hitzeschutztechnisch nachhaltig aufzurüsten.

2.

Welche der hierbei identifizierten Maßnahmen unter Berücksichtigung der baulichen, technischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen tatsächlich umsetzbar sind.

3.

In welcher Priorität die umsetzbaren Maßnahmen aus fachlicher Sicht realisiert werden sollten.

4.

Ob einzelne der ermittelten Maßnahmen bereits für sich genommen messbare Verbesserungen hinsichtlich Energieeffizienz und sommerlichem Wärmeschutz bewirken können oder ob bestimmte Maßnahmen zwingend in Kombination umgesetzt werden müssen, um eine sinnvolle Wirkung zu entfalten.

5.

Mit welchen voraussichtlichen Kosten für die einzelnen Maßnahmen beziehungsweise für sinnvoll

zusammenhängende Maßnahmenpakete („Bundles“) zu rechnen ist.

Die Ergebnisse der Prüfung sollen dem Ausschuss als fundierte Entscheidungsgrundlage für die weitere politische Beratung dienen.

Begründung:

Das Gebäude der Stadtbücherei stellt eine wichtige öffentliche Einrichtung für die Bürgerinnen und Bürger Hildens dar. Gleichzeitig gewinnen die Themen Energieeffizienz und Schutz vor zunehmenden sommerlichen Hitzebelastungen auch bei Bestandsgebäuden der kommunalen Infrastruktur immer mehr an Bedeutung.

Um sachgerechte Entscheidungen über mögliche Investitionen treffen zu können, bedarf es zunächst einer umfassenden Bestandsaufnahme und Bewertung der vorhandenen Möglichkeiten. Dabei soll nicht nur untersucht werden, welche Maßnahmen technisch denkbar sind, sondern insbesondere auch, welche davon praktisch umsetzbar und wirtschaftlich sinnvoll erscheinen. Von besonderem Interesse ist zudem die Frage, ob bereits einzelne Maßnahmen – etwa an der Gebäudehülle, dem Sonnenschutz oder der technischen Ausstattung – zu spürbaren Verbesserungen führen können oder ob eine wirksame Optimierung nur durch die Kombination mehrerer Maßnahmen erreichbar ist. Ebenso ist eine Priorisierung der Maßnahmen erforderlich, um gegebenenfalls schrittweise vorgehen zu können.

Antrag der CDU-Fraktion Hilden

für den Ausschuss für technische Infrastruktur

Hilden, der 18.06.2026

- 2 -

Fraktion im Rat der
Stadt Hilden

Die Prüfung soll ausdrücklich noch keine Vorentscheidung über konkrete Investitionen darstellen. Vielmehr sollen die gewonnenen Erkenntnisse eine belastbare Grundlage für die weitergehende politische Diskussion und die Entscheidung liefern, ob und in welcher Form das Gebäude der Stadtbücherei energetisch sowie hitzeschutztechnisch aufgewertet werden kann und gegebenenfalls aufgewertet werden soll. Eine transparente Kostenschätzung für Einzelmaßnahmen und sinnvolle Maßnahmenpakete ist hierfür unerlässlich.

Ende der Sitzung: 17:39 Uhr

Rodion Ferdmann / Datum
Vorsitzende

Uwe Schielke / Datum
Schriftführer/in

Gesehen:

Peter Stuhlträger / Datum
Beigeordneter